



Sitzung vom

21. Oktober 2024

Mitgeteilt den

25. Oktober 2024

Protokoll Nr.

831/2024

Auftrag Horrer

betreffend Aufstockung des Rahmenverpflichtungskredits zur Finanzierung von systemrelevanten Infrastrukturen

Antwort der Regierung

In der Augustsession 2015 hat der Grosse Rat im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden (GWE; BR 932.100) der Schaffung eines Rahmenverpflichtungskredits (RVK) mit Reservenbildung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Höhe von 80 Millionen Franken zugestimmt.

Gestützt auf Art. 18 GWE kann der Kanton basierend auf regionalen Standortentwicklungsstrategien systemrelevante Infrastrukturvorhaben fördern, wenn sie entweder zur Stärkung des regionalen Tourismussystems sowie der strategischen Ausrichtung der Tourismusdestination beitragen (lit. a) und in ihrer Ausrichtung von kantonaler Bedeutung sind oder einem gesamtwirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen (lit. b). Lit. a ist somit auf Tourismusvorhaben ausgerichtet, lit. b auf Vorhaben ausserhalb des Tourismus.

Im Rahmen der Teilrevision des GWE wurde in der Junisession 2020 Art. 18 GWE dahingehend geändert, dass die Befristung des RVK von 2023 auf 2030 verlängert wurde. Weiter hat der Grosse Rat 35 Millionen Franken zur Finanzierung von Vorhaben der Regionen im Bereich des Ultrahochbreitband-Ausbaus (UHB) reserviert.

Bis heute hat die Regierung Zusicherungen und Vorentscheide an insgesamt 25 Vorhaben vorgenommen (drei davon im Bereich UHB). Derzeit präsentiert sich der Stand des RVK wie folgt (Stand: Ende September 2024):

- Von total 45 Millionen Franken für Vorhaben unter dem Titel «Systemrelevante Infrastrukturen» wurden bisher 25,3 Millionen Franken bereits ausbezahlt. 15,1 Millionen Franken wurden zugesichert, aber aufgrund des Baufortschritts noch nicht ausbezahlt. 4,5 Millionen Franken wurden zudem mit Vorentscheiden in Aussicht gestellt. Somit sind noch 0,1 Millionen Franken frei verfügbar (0,3 % von 45 Millionen Franken).

- Von total 35 Millionen Franken für Vorhaben unter dem Titel «Ultrahochbreitband-Erschliessung» wurden bisher 7,7 Millionen Franken zugesichert, aufgrund des Baufortschritts jedoch noch nicht ausbezahlt. Somit sind noch 27,3 Millionen Franken frei verfügbar (78 % von 35 Millionen Franken). Derzeit arbeiten vier weitere Regionen an UHB-Erschliessungen. Mit entsprechenden Anträgen ist zu rechnen.

Die Förderung von regionalwirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben mittels à fonds perdu-Beiträgen zur Stärkung des Tourismussystems hat sich in den letzten Jahren bewährt, da substanzielle kantonale Beiträge zur Finanzierung dieser Vorhaben geleistet werden konnten. Zudem wurden auch innovative Vorhaben mit einem gesamtwirtschaftlichen Bedürfnis gefördert. In verschiedenen Regionen des Kantons konnten damit Impulse in der Tourismus- und Regionalentwicklung gesetzt werden.

Die Regierung erkennt aufgrund von verschiedenen Förderanfragen auch für die kommenden Jahre einen Bedarf, Infrastrukturvorhaben mit kantonalen Ausstrahlung unter dem Titel «Systemrelevante Infrastrukturen» fördern zu können. Die sofortige Aufstockung des RVK «Systemrelevante Infrastrukturen» würde zusätzliche Ausgaben auslösen, welche aktuell nicht im Budget 2025 bzw. Finanzplan 2026–2028 berücksichtigt sind. Ein entsprechender Zusatzkredit mit einem Betrag von über 10 Millionen Franken bedarf gestützt auf Art. 9 Abs. 2 der Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (FHV; BR 710.110) einer separaten Botschaft an den Grossen Rat. Der Zusatzkredit soll mit einer gleich hohen Erhöhung der entsprechenden Vorfinanzierung (Reserve), analog zum Basis-RVK, einhergehen. Unter Berücksichtigung der vorgegebenen Fristen und des Zeitbedarfs für die Erarbeitung einer Botschaft, kann eine Beratung im Grossen Rat im zweiten Halbjahr 2025 vorgesehen werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern: Die Regierung wird beauftragt, dem Grossen Rat auf den nächstmöglichen Zeitpunkt hin eine Botschaft zur bedarfsgerechten Öffnung des RVK «Systemrelevante Infrastrukturen» zu unterbreiten.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin